

das vereinbarte Volumen der Auslandsinvestitionen um 10,4% und das realisierte Investitionsvolumen um 11,1%. Wertmäßig betrachtet betragen die zugesagten Investitionen 91,3 Mrd. US\$ und die realisierten 37,5 Mrd. US\$. Diese MOFTEC-Angaben weichen geringfügig um die im Februar veröffentlichten Daten ab. (*China aktuell*, Februar 1996, S. 150 ff.)

Nach Herkunftsländern aufgeteilt, entfielen auf die Wirtschaftspartner Chinas folgende Anteile der zugesagten bzw. realisierten Investitionen (Anteil in Prozent in Klammern):

Herkunftsregion	Auslandsinvestitionen zugesagt	realisiert
	(Mrd. US\$)	
Hongkong/ Macao	42,1 (46,1)	20,5 (54,7)
Singapur	8,7 (9,5)	
Japan	7,6 (8,3)	
USA	7,5 (8,2)	
Taiwan	5,9 (6,5)	

Nach Angaben in den NfA vom 13.5.96 lagen Deutschlands realisierte Investitionen in China 1995 mit 1,66 Mrd. US\$ (1994: 1,233 Mrd. US\$; 1993: 249 Mio. US\$) um die Hälfte niedriger als die britischen Investitionen; im Vergleich zu Frankreich war das Investitionsvolumen allerdings doppelt so hoch. Mit 355 Investitionsprojekten im Jahre 1995 gegenüber 314 im Jahre 1994 wurde auch bei der Anzahl der deutschen Projekte ein bisheriger Höchststand erreicht.

Bezogen auf das kumulierte Volumen der realisierten Direktinvestitionen seit 1979 wird die Rangfolge nach wie vor von Hongkong angeführt, auf das rd. 60% (80,6 Mrd. US\$) entfallen. Deutschland liegt hierbei an achter Stelle vor Frankreich und Italien.

Von Januar bis April 1996 erhöhten sich die zugesagten ausländischen Investitionen um 84% im Vergleich zur Vorjahresperiode und beliefen sich auf

ein Volumen von 35,5 Mrd. US\$ für 10.756 Projekte. Der Umfang der realisierten Investitionen betrug 11 Mrd. US\$ und stieg damit um 21%. (BfAI/NfA, 30.5.96)

Der hohe Anstieg der Auslandsinvestitionen in den ersten Monaten dieses Jahres wird auf die Veränderungen der Investitionsbedingungen zurückgeführt. Hierzu zählt das Auslaufen der zollfreien Einfuhr auf Kapitalgüter zum 1. April, die für Unternehmen mit Auslandskapital höhere Kosten mit sich bringen wird. Weiterhin sind die Kosten für Landnutzung und die Arbeitskosten deutlich gestiegen; außerdem versucht die chinesische Regierung, Auslandsinvestoren stärker in die Inlandsregionen zu drängen. Vor diesem Hintergrund rechnen ausländische Beobachter damit, daß der Strom von Auslandskapital in diesem Jahr in den Folgemonaten deutlich abflachen wird. (SCMP, 19.5.96) -schü-

Binnenwirtschaft

*(22)

Dissens über Fortsetzung der restriktiven Kreditpolitik

Anfang Mai d.J. hat die Zentralbank vor dem Hintergrund der abflachenden Inflationsentwicklung die Kreditzinsen um durchschnittlich 0,75% und die Einlagenzinsen um durchschnittlich 0,98% gesenkt. Bis dahin betrug der Zinssatz für Einlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr 10,98% und der Kreditzinssatz für Umlaufkapital 12,06%. Die bereits erwartete Entscheidung der Zentralbank könnte die Situation der knappen Finanzmittel für die staatlichen Unternehmen und für die Banken, die mit hohen ausstehenden Forderungen belastet sind, zumindest etwas entspannen. Andererseits wird eine Signalwirkung von dieser Entscheidung hinsichtlich der Kredit- und Konsumnachfrage und damit ein erneuter Inflationsschub befürchtet. (AWSJ, 1.5.96)

Daß die restriktive Kreditpolitik fortgesetzt wird, um die Inflation auf rd. 10% in diesem Jahr zu begrenzen, wurde Anfang Mai nochmals offiziell bestätigt. Die eher bescheidene Zinslockerung sei kein Hinweis darauf, daß die bereits seit drei Jahren verfolgte Politik der Kreditrestriktion aufgegeben werde. (SCMP, 5.5.96)

Nach Dai Xianglong, Präsident der Zentralbank, sei die moderat-restriktive Kreditpolitik nicht eine kurzfristige, sondern eine mittelfristige Politik für einen Zeitraum von fünf Jahren. Dai zufolge umfasse diese Kreditpolitik drei Aspekte:

1. Die monetäre Zielvorgabe muß angemessen sein. Da China ein Entwicklungsland sei, könne nicht mit einer Inflationsrate von Null gerechnet werden. Allerdings müsse die Inflation niedriger als die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate liegen. Im 9.Fünffjahresplan wird die Wachstumsrate mit durchschnittlich 8% p.a. angegeben und die Inflationsrate mit 6 bis 7%.

2. Das Geldmengenangebot muß angemessen sein. Unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Aufbaus und der städtischen Beschäftigung kann die Geldmenge M1 auf 18% und die Geldmenge M2 auf 23% p.a. im Durchschnitt steigen.

3. Statt der Anpassung der Wirtschaftsentwicklung mit Hilfe staatlich festgelegter Kredite sollen Offenmarktoperationen und Wertberichtigungen auf uneinbringliche Forderungen durchgeführt werden. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 30.5.96, nach SWB, 1.6.96)

Die Zinslockerung wird als Zeichen dafür angesehen, daß die Zentralbank die Inflationsentwicklung unter Kontrolle zu haben glaubt. Nach einem Preisanstieg von 21% im Jahre 1994 konnte die Inflationsrate im letzten Jahr auf rd. 15% beschränkt werden; im 1.Quartal 1996 belief sich die Teuerungsrate noch auf 7,7%. (SCMP, 5.5.96; AWSJ, 1.5.96)

In einem gemeinsamen Bericht der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und des Staatlichen Statistikamtes wird von einer Lockerung der restriktiven Kreditpolitik abgeraten. Nach wie vor sei der Inflationsdruck relativ stark, da eine Reduzierung der Teuerung nur durch administrative Maßnahmen und Preissubventionen möglich gewesen wäre. Die Experten dieser Institutionen lehnen auch die Sichtweise ab, daß die Inflationsrate ein vergleichbares Niveau wie die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate erreichen dürfe. (SCMP, 9.5.96)

Wirtschaftsexperten wie Wu Jinglian vom Forschungszentrum beim Staatsrat warnen mit Blick auf das sich abschwächende Wirtschaftswachstum, daß die Politik der Kreditrestriktionen vielleicht schon zu weit gegangen sein könnte und fordern eine selektive Lockerung. (FT, 28.5.96)

Bei einem weiterhin niedrigen Wachstum bei den Anlageinvestitionen könnte durchaus mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate auf 7% gerechnet werden. Damit würde das Entwicklungstempo deutlich geringer ausfallen als die offiziellen Prognosen für 1996, die bei rd. 10% liegen. (ASWJ, 25.4.96)

Von der Kreditrestriktion sind vor allem die staatlichen Verlustunternehmen negativ betroffen, die zum Teil ihren Beschäftigten keine Löhne mehr auszahlen können. Anfang Mai versprach der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji den Staatsunternehmen, daß sie unter bestimmten Bedingungen in ausreichendem Maße von den Banken Kredite erhalten werden. Hierzu zählt u.a., daß die Unternehmen die Kredite für Umlaufkapital nicht für andere Zwecke einsetzen dürfen und daß Unternehmen marktfähige Produkte herstellen. (AWSJ, 9.5.96)

Um der Kreditknappheit der Staatsunternehmen zu begegnen, hat die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) an 286 staatliche Schlüsselunternehmen Ende Mai d.J. ein Volumen von 6,9 Mrd. Yuan als Umlaufkredite zur Verfügung gestellt. Um sicherzustellen, daß die Kredite in die richtigen Unternehmen fließen, war vorher eine Arbeitsgruppe von der Bank zusammengestellt worden, die die Performance der Unternehmen und ihre Finanzsituation untersuchte. Im letzten Jahr betrug das Volumen für Umlaufkredite an die Unternehmen 6,3 Mrd. Yuan. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 23.5.96, nach SWB, 27.5.96)

Die Kreditrestriktion hat das Problem der Dreiecksverschuldung verschärft, also die Unfähigkeit der Unternehmen ihre untereinander entstandenen Schulden für Güterlieferungen und Dienstleistungen zu begleichen. Nach offiziellen Angaben betrug das Volumen der Dreiecksverschuldung aller staatseigenen Unternehmen 620 Mrd. US\$. (SCMP, 13.5.96) Auch die Lagerbestände (aller) Unternehmen haben in den letzten Monaten stetig zugenommen und belaufen sich nach Schätzungen chinesischer Experten auf rd. 5% des BIP. (FT, 28.5.96) -schü-

*(23)

Armut soll bis zum Jahre 2000 beseitigt sein

Experten der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und des Staatlichen Statistikamtes haben auf ihr 8-Punkte-Programm zur Beseitigung der Armut bis zum Jahr 2000 in einem Interview Mitte Mai d.J. hingewiesen.

Nach chinesischen Standards lag die Armutsgrenze 1995 bei einem Jahreseinkommen von weniger als 530 Yuan (64 US\$). Die so definierte Gruppe umfaßte 1995 noch 7,1% der ländlichen Bevölkerung bzw. 65 Mio. Menschen. Um das Ziel der Armutsbeseitigung zu erreichen, müssen jährlich 13 Mio. Menschen aus der Armut herausgeführt werden. Die Zentralregierung verabschiedete bereits 1993 ein Armutsbekämpfungsprogramm, das die Anhebung der Jahreseinkommen um jährlich 9% von 300 auf 500 Yuan zum Ziel hat.

Zu den wichtigsten Punkten im Programm zur Armutsbekämpfung zählt die Entwicklung der lokalen Ressourcen und ihre industrielle Nutzung, um Arbeitsplätze zu schaffen. Weiterhin soll die Abwanderung in Gebiete mit Beschäftigungsmöglichkeiten erleichtert werden, die Verbesserung der Infrastruktur, die effizientere Nutzung von finanziellen Mitteln der Entwicklungshilfe sowie Unterstützung bei der Familienplanung. Außerdem soll ein Überwachungsnetz für die Bekämpfung der Armut aufgebaut werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 15.5.96, nach SWB, 18.5.96)

Mit 65 Mio. armen Menschen ist das Ausmaß der Armut nach chinesischen Angaben weitaus geringer als in anderen asiatischen Ländern. Dem Anteil von rd. 5% in China stehen beispielsweise 15% in Indonesien und 21% auf den Philippinen gegenüber. In Indien ging der Anteil armer Menschen in den letzten acht Jahren von 25% auf 19% zurück.

Arthur Holcombe, Leiter des UN-Büros in Beijing, meldet dagegen Zweifel an der Einschätzung der chinesischen Regierung zum Umfang der Armut an. Selbst in den USA werde von einem Armutsanteil von rd. 15% ausgegangen. Es werde nicht klar, so Holcombe, wie die Zahl von 65 Mio. Menschen berechnet wurde. Zwar erhebe das Statistikamt Daten zur Einkommensentwicklung der Haushalte, doch Statisti-

ken zur Armut würden von der Führungsgruppe zur Bekämpfung der Armut vorgelegt. Diesen Statistiken zufolge konnte die Zahl der Armen zwischen 1978 und 1985 um jährlich 15 Mio. Menschen reduziert werden; zwischen 1985 und 1992 waren dies jährlich 6,4 Mio. Menschen und zwischen 1992 bis 1995 5 Mio. Menschen.

Weltbankangaben zufolge fiel die Zahl der armen Menschen von 270 Mio. im Jahre 1978 auf 100 Mio. im Jahre 1985. Im Gegensatz zu der chinesischen Einschätzung geht die Weltbank allerdings davon aus, daß zwischen 1990 und 1995 eine Vergrößerung der Armut eingetreten ist, nämlich eine Ausweitung der Zahl armer Menschen von 96 auf 97 Mio. Allgemein wird davon ausgegangen, daß seit 1990 die Einkommen der Armen in den ländlichen Gebieten wesentlich geringer zugenommen haben als in anderen Regionen.

Im Rahmen der Armutsbekämpfung wird vor allem die räumliche Konzentration der Armut mit Blick auf das Durchschnittseinkommen innerhalb von Kreisen festgestellt. Die Armutsgrenze betrug 1994 440 Yuan und wurde 1995 auf 530 Yuan angehoben. Kritisiert wird bei dieser Armutsbemessung, daß die Auswirkung der Inflation auf Haushalte mit niedrigen Einkommen unzureichend berücksichtigt wird und daß arme Haushalte in reichen Gebieten aus der Betrachtung herausfallen.

Ob die Zahl von 65 Mio. armer Menschen in China zutrifft, darüber bestehen unterschiedliche Sichtweisen. Allerdings würde ihre Zahl dann erheblich steigen, wenn internationale Standards zur Messung von Armut angelegt werden. Ein Kriterium ist beispielsweise, daß Menschen dann als arm gelten, wenn sie weniger als 1 US\$ ausgeben können. Dieser Berechnung zufolge wäre das Ausmaß der Armut mit 360 Mio. Menschen wesentlich höher als von der chinesischen Regierung ausgewiesen. (SCMP, 28.4.96)

Ob die offiziell mit 65 Mio. Menschen ausgewiesenen Armen tatsächlich plangemäß bis zum Jahr 2000 aus ihrer Armut herausgeführt werden können, wird allerdings von einigen chinesischen Experten bezweifelt. So sei die reale Steigerung der Ausgaben für die Armutsbekämpfung in den letzten Jahren eher rückläufig gewesen. Anstatt der rd. 10 Mrd. Yuan, die jährlich hierfür aufgewandt werden, müßte die Summe verdoppelt bzw. verdreifacht werden. Kri-

tik gilt auch an der Umsetzung des Programms, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung von Bauern in Infrastrukturprojekten wie Straßen- und Brückenbau und Ausbau des Trinkwassernetzes. Anfänglich seien die Bauern mit Lebensmitteln bezahlt worden, in den Folgejahren jedoch mit qualitativ minderwertigen Industriegütern. Viele der Infrastrukturprojekte verharren außerdem in halbfertigem Zustand, wenn die lokalen Verwaltungen kein Geld mehr für die Fortsetzung der Arbeiten hätten. Ein weiteres Problem sei die Umlenkung von Finanzmitteln der Zentralregierung für die Armutsbekämpfung durch die lokalen Verwaltungen, die diese für Lohnzahlungen oder in den Aufbau der lokalen Industrie investiert hätten. (SCMP, 28.4.96) -schü-

*(24)

Wichtige Rolle der Privatunternehmen für Beschäftigung

Angaben des Staatlichen Statistikamtes zufolge arbeitet inzwischen jeder zwölfte Beschäftigte in einem Privatunternehmen bzw. in Familienbetrieben. In der Periode des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) waren 55,7 Mio. Menschen in diesen Betrieben beschäftigt. Die jährliche Beschäftigung erhöhte sich von 1990 bis 1996 um 19,7% bzw. um 6,6 Mio. Menschen.

Vorläufigen Statistiken zufolge betrug das registrierte Kapital dieser privaten Unternehmen und Familienbetriebe 1995 insgesamt 444 Mrd. Yuan (53 Mrd. US\$) und war damit um das Neunfache höher als 1990. Im letzten Jahr gab es 26 Mio. registrierte private Unternehmen und damit 11,5 Mio. mehr als 1990. Das Unternehmensvermögen erhöhte sich in dem Fünfjahreszeitraum um das Dreifache; im Durchschnitt betrug der Vermögenswert 400.000 Yuan. Unter den privaten Unternehmen rangierten 46.000 mit einem registrierten Kapital, das größer als 1 Mio. Yuan war; 7.000 Unternehmen verfügten über ein Kapital von über 5 Mio. Yuan.

Vorläufigen Angaben nach haben die privaten Unternehmen in den letzten fünf Jahren rd. 14 Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt. Ihr Beitrag zu den insgesamt neu geschaffenen Stellen betrug 40%. Werden nur die ländlichen Gebiete betrachtet, dann stellten die privaten Unternehmen mit einem Anteil von 30% für rd. 19 Mio. Menschen neue Arbeitsplätze bereit und waren

somit ein entscheidender Faktor im chinesischen Arbeitsmarkt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.4.96, nach SWB, 8.5.96) -schü-

Taiwan

*(25)

Amtseinführung von Li Denghui als erster direkt gewählter Präsident

Am 20. Mai wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 73) zum 9. Präsidenten der Republik China vereidigt. Wie berichtet (C.a., 1996/3, S. 262 ff.), hat er am 23. März d.J. die erste direkte Präsidentschaftswahl mit einer deutlichen Mehrheit von 54% der abgegebenen Stimmen gewonnen. Bereits 1988 hatte er als Stellvertreter von Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) nach dessen Tod das Präsidentschaftsamt übernommen. 1990 wurde er von der alten Nationalversammlung für sechs Jahre gewählt. Gemäß den neuen "Zusatzartikeln der Verfassung" beträgt künftig die Amtsperiode des Präsidenten nur vier Jahre.

Unter Li Denghuis Führung hat die Regierung der KMT (Kuomintang), die 1949 nach der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan übergewechselt war, den Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina aufgegeben und verfolgt in der Chinapolitik das Prinzip von "einem Staat mit zwei gleichberechtigten politischen Gebilden". Hingegen betrachtet Beijing die Insel Taiwan nach wie vor als eine Provinz der VR China. Infolge Li Denghuis "privaten" Besuchs im Juni 1995 in den USA, die seit 1979 statt mit der Republik China (Taiwan) mit der VR China diplomatische Beziehungen unterhalten, drohte Beijing Taiwan mit einer Reihe von Kriegsmanövern einschließlich Raketenschießübungen in der Taiwan-Straße. Um die Stimmen für die Unabhängigkeit Taiwans einzuschüchtern, erreichte die jüngste Krise in der Taiwan-Straße unmittelbar vor der o.g. Präsidentschaftswahl Taiwans im März einen Höhepunkt. (C.a., 1996/3, Ü 21) Nach der Wahl hat sich die Lage zwar entspannt, doch bleiben die Beziehungen zwischen beiden Seiten immer noch kühl. Für die Wiederaufnahme der inzwischen unterbrochenen halbamtlichen Gespräche beider Seiten verlangt Beijing von Taiwan, zum "Ein-China-Prinzip" zurückzukehren.

In seiner Inaugurationsrede vom 20. März sagte der alte und neue Präsident Li Denghui, daß keine nationale und kulturelle Identitätsfrage zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehe. Es gebe nur Streit um das politische System und die Lebensweise. "Hier haben wir weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, einen Kurs auf die sog. 'taiwanesischen Unabhängigkeit' zu nehmen." Zugleich betonte er aber: "Es ist eine Tatsache, daß beide Seiten der Taiwan-Straße aus historischen Gründen seit über 40 Jahren getrennt regiert werden. Es ist allerdings auch eine Tatsache, daß beide Seiten die Einigung des Staates verfolgen." Er appellierte an Beijing, die Feindseligkeiten zwischen beiden Seiten zu beenden. Er sei bereit, für den Frieden das chinesische Festland zu besuchen und dort mit dem Spitzenführer, also Jiang Zemin, zu verhandeln. "Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Chinesen im 21. Jahrhundert die historische große Sache einer friedlichen Vereinigung erfüllen können", unterstrich er zum Schluß seiner Rede. (LHB, 20.5.96; ZYRB, 21.5.96; FCJ, 24.5.96)

Li Denghui hat früher schon mehrmals seine Bereitschaft geäußert, Jiang Zemin bei internationalen Gelegenheiten begegnen zu wollen. Auch Jiang Zemin hat Ende Januar des vergangenen Jahres in einer Rede über die Grundsätze der Beijinger Taiwanpolitik seine Bereitschaft geäußert, Taiwan zu besuchen. Er werde ebenfalls einen Besuch Li Denghuis in einer "entsprechenden Eigenschaft" auf dem Festland begrüßen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß Li nur als Parteichef der KMT Beijing besuchen dürfe. (Dazu siehe C.a., 1995/2, Ü 30.) Hingegen meinte der Vorsitzende des Komitees für die Angelegenheiten vom Festland der Taipeier Regierung, Zhang Jingyu (Chang King-yuh), wenn Präsident Li Denghui das Festland besuchen würde, dann nur als Staatsoberhaupt. (CP, 21.5.96) Li selbst sagte in seiner o.g. Rede, er mache die Friedensreise, wenn es der Staat brauche und das Volk sie unterstütze. Er werde "den Konsensus und Willen der 21 Millionen Landsleute" Taiwans repräsentieren. Darüber hinaus hat er in derselben Rede die Republik China als einen souveränen Staat seit eh und je bekräftigt. Sie werde weiterhin die "pragmatische Außenpolitik" betreiben, um damit für ihre 21 Mio.-Bevölkerung Bewegungsraum und die verdiente Würdigung in der internationalen Gesellschaft zu bekommen.